

**Sozialforum Saar**  
Waltraud Andruet  
Beim Kalkofen 8  
66793 Saarwellingen

23.Oktober.2007



## Pressemitteilung

### **EU-Vertrag von Lissabon ist ein autoritäres Machwerk Nein zu Sozialdumping und Militarisierung**

Die von den Staats- und Regierungschefs am 18. Oktober getroffene Vereinbarung, den geplanten Verfassungsvertrag als Vertrag von Lissabon ohne erneute Diskussion mit den EU-BürgerInnen im Dezember zu verabschieden und bis 2009 ratifizieren zu lassen, wird von Seiten des Sozialforums Saar als „autoritäres Machwerk“ qualifiziert. **Man hat um Einfluss und Regeln der Regierungen verhandelt, aber die Interessen der Bürger missachtet.**

In Übereinstimmung mit dem vom 18. –21. Oktober stattgefundenen 2. Deutschen Sozialforums in Cottbus, an dem VertreterInnen des Saarländischen Sozialforums teilnahmen, erklärt Waltraud Andruet, dass es „völlig inakzeptabel“ sei, „einen Vertrag von solcher Tragweite ohne öffentliche Debatte und demokratische Entscheidung den Bürgerinnen und Bürgern aufzuzwingen. Diese Methode, schließt die Menschen von ihrem Recht aus, über ihre Zukunft und die Zukunft der Europäischen Union zu entscheiden.“

Inhalte und Vorschriften des Vertrages machen deutlich, dass der neoliberale Kurs der Europäischen Union, als Ursache für die Zerstörung des Sozialen Frieden und weitreichender ökologischer Schäden unbeirrt von den Regierenden fortgeführt und festgeschrieben wird.

Auffallend ist weiterhin die militaristische Ausrichtung des Vertrages, der die Mitgliedsstaaten verpflichtet, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“, eine EU-Rüstungsagentur erforderlich macht bzw. einen eigenständigen Militärhaushalt vorsieht. Darüber hinaus beinhaltet der Vertrag weitreichende Bestimmungen, die eine Verschärfung der Flüchtlings- und Migrationpolitik mit sich bringen werden.

Daher besteht, nach allem notwendigen Abwägen der Gipfelergebnisse, die Notwendigkeit diesen EU-Vertrag abzulehnen. An seiner Stelle wäre ein Vertrag zu entwickeln, der tatsächlich dem Frieden und Sozialer Gerechtigkeit verpflichtet sei und von den EU BürgerInnen im Rahmen nationaler **Referenden** mitgetragen wird.

Das Sozialforum Saar wird sich daher an den europaweiten Protesten gegen die Ratifizierungen des EU-Vertrages von Lissabon beteiligen. Die Umgehung von Referenden in den Mitgliedsstaaten kann nicht einfach hingenommen werden. In diesem Zusammenhang verweist das Sozialforum Saar auf bereits bestehende unter anderem vom Europäischen Sozialforum sowie von den Gewerkschaften und den Kirchen verfasste Alternativentwürfe hin.

Waltraud Andruet